

DER AUFBAU

SCHWEIZERISCHE WOCHENZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND FRIEDEN

HERAUSGEBER: VEREIN DER FREUNDE DES „AUFBAU“

Redaktion: Pfr. P. Trautvetter und Dr. oec. publ. J. Ragaz · Zuschriften an die Redaktion: J. Ragaz, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, Tel. 27 81 65. · Administration und Expedition: Postfach 130, Zürich 36, Tel. 33 28 30 und 33 41 75, Postscheck VIII 7306 · Druck: Genossenschaftsdruckerei Zürich

Abonnementspreis: Jährlich Fr. 12.—, halbjährlich Fr. 6.—, vierteljährlich Fr. 3.— · Ausland: Fr. 14.60 inklusive Porto · Einzelnummer 25 Rp.

Insertionspreis: 1/8 Seite Fr. 18.—, 1/16 Seite Fr. 9.—. Bei Wiederholung Rabatt · Anfragen u. Aufträge an die Administration · Telefon 33 28 30

ZÜRICH, 24. AUGUST 1951

Erscheint jeden Freitag

32. Jahrgang Nr. 32

Streiflichter

Die Soldaten wollen Frieden?

Reuter berichtet:

Die Kommunisten versuchen, außerhalb des Rahmens der Besprechungen von Kaesong Vereinbarungen zwischen den Fronttruppen über einen Waffenstillstand zustande zu bringen. Sie stellen im Niemandsland «Briefkästen» auf und lassen darin Schreiben an die alliierten Offiziere zurück. In diesen Schreiben wird vorgeschlagen, die Soldaten beider Parteien sollten sich vor ihren Linien treffen und die Waffen an Ort und Stelle niederlegen. Die Kommunisten stellen die Briefkästen in Dörfern und an Straßen auf, in deren Nähe alliierte Truppen tätig sind. In einem dieser Briefe heißt es:

«Die Gespräche von Kaesong gehen langsam vorwärts. Wir wollen Frieden. Wir schlagen vor, daß Sie weiße Flaggen hissen und uns in ... (auf der Karte eingezeichnete Orte werden angegeben) zu einem Ihnen passenden Zeitpunkt treffen. Wir können die Einstellung der Kämpfe rasch vereinbaren, unsere Waffen niederlegen und damit das Töten der Soldaten beider Seiten beenden. Bitte, antworten Sie auf dieses Schreiben und legen Sie die Antwort in die Blechbüchse, in der Sie dieses Schreiben gefunden haben.» («NZZ»)

Wenn es denkbar wäre, daß in der Armee einer Diktatur solche Aktionen in Freiheit möglich wären, wenn man nicht den Verdacht haben müßte, daß da irgendein oben ausgehecktes Manöver vorliegt, dann könnte man sich freuen. Wir sind geneigt, die Sache für echt zu halten. Daß sie der wahre Ausdruck der Stimmung unter den Soldaten ist, daran ist nicht zu zweifeln. Denn man kann sich denken, mit welchen Gefühlen die Soldaten daran gehen, einander umzubringen, während die Waffenstillstandsverhandlungen im Gange sind, wobei jeder weiß, daß weder sein Töten noch sein Sterben an den Tatsachen, wie sie nun am grünen Tisch entschieden werden, das geringste zu ändern vermag. Daß die Unterhändler der UNO mit ihren Verhandlungen nicht weiterkommen, erstaunt die Welt allerdings nicht mehr, nachdem sie nun seit Jahren die Verhandlungsmethoden der Kommunisten kennen gelernt haben, wobei in Kaesong

Inhalt: Paul Trautvetter: Streiflichter. — Otto Hürli-
mann: Britische Schwierigkeiten. — Leonhard Ragaz †:
Die Dorfgemeinschaft. — M. Bardach: Der DGB eröffnet
den Kampf gegen die Restauration. — J. Oettli/P. Traut-
vetter: Ein warnendes Beispiel.

nun noch die lächelnde Verschlagenheit der Orientalen hinzukommt. Wie soll überhaupt ein Friede geschlossen werden, wenn die Aggressoren nicht nur keinerlei Einsicht in ihre primäre Kriegsschuld haben, sondern mit zynischer Dreistigkeit die Ueberfallenen und die Völkergemeinschaft, die den Ueberfallenen zu Hilfe kam, der Aggression beschuldigen?

★

Anmerkung zum Berner Kirchenstreit

Die Auseinandersetzung zwischen dem bernischen Regierungsrat und Kirchendirektor, Dr. Feldmann, und Professor Karl Barth hat eine ungewöhnliche Beachtung in großen und kleinen schweizerischen Zeitungen gefunden. Wir möchten nicht auf die einzelnen Punkte der Auseinandersetzung eingehen, sondern nur einer Empfindung Ausdruck geben, die wir bei dieser ganzen Sache nicht loswerden. Irgendwie scheint es uns, daß etwas Seltsames, ja Unechtes darin liege, wenn zwischen der Barthschen Richtung und dem Staat ein Konflikt entbrannt ist. Natürlich ist diese Richtung nicht so naiv staatsfreudig wie irgendein Kulturprotestantismus, der für Offiziersbrevetierungen freudig ein Münster zur Verfügung stellt und an den dolchgeschmückten Verkündigern des Evangeliums mit Hauptmannsrank seine ungebrochene religiös-patriotische Freude hat. Aber aus einem andern Grunde scheint uns die entstandene Spannung zwischen dem Staat und der Richtung Barth seltsam, weil nämlich diese eigentlich eine apolitische ist. Sie ist seinerzeit mit betont apolitischen Parolen auf den Plan getreten, und wenn sie später sich doch auf die Politik eingelassen hat, so ist es ihr dabei immer bewußt gewesen, daß das mit ihren eigentlichen und heiligsten Anliegen nur eine sehr indirekte Beziehung habe. Das merkt man ihren politischen Äußerungen natürlich an, bis auf



diesen Tag: sie haben nicht nur etwas Improvisiertes an sich, sondern – wir erlauben es uns, das festzustellen – es fehlt ihnen die elementare Leidenschaft für das Recht, für die Gerechtigkeit in ihrer politischen Gestalt. Das Improvisierte aber kam nicht etwa darin zum Ausdruck, daß die politischen Parolen Ausdruck des konkreten Augenblicks gewesen wären – das wäre ja ein Vorzug gewesen – sondern gerade in einem auffälligen Geschick, gerade das Unzeitgemäße zu sagen und zu tun. So hat diese Richtung zum Beispiel in der Entscheidungszeit nach dem ersten Weltkrieg, als der Kampf um die Gestaltung des Friedens das Gebot der Stunde war, dazu geraten, die Christen möchten «sich den Militarismus zwar mit einer energischen, den Pazifismus aber mit einer freundlichen Gebärde vom Leibe halten.» (K. Barth.)

Diese Richtung hat die Theologen von der Beschäftigung mit den von ihr als «peripher» empfundenen politischen und sozialen Fragen eher abgemahnt – und zwar mit beträchtlichem Erfolg. (Was nicht heißen will, daß nicht einzelne ihrer Vertreter sehr aufgeschlossene und sehr tapfere Kämpfer für die soziale und jede andere Gerechtigkeit blieben, ihrem Barthianismus zum Trotz.) Aber im ganzen hat die Barth'sche Theologie unter ihren Schülern doch ein kühles und manchmal etwas hochmütiges Desinteressement gegenüber den politischen und sozialen Fragen ausgelöst. Man konnte sich sogar des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß der Siegeszug dieser Theologie nicht zuletzt gerade darauf beruhte, daß er jene Spannungen entspannte, die der Konflikt zwischen dem Evangelium und unserer durch Mammonismus und Militarismus entstellten Welt in den wachen Seelen erzeugt hatte. Es ist wirklich infolge dieser Theologie zu einer Art Massenflucht aus jener religiös-sozialen Bewegung gekommen, in der man um eine Gestaltung der politischen und sozialen Dinge vom Evangelium her gerungen hatte. Die Preisgabe dieses Wollens hat sich natürlich besonders dort verhängnisvoll ausgewirkt, wo das Politische besonders im Fluß und besonders gestaltungsbedürftig war, z. B. in Deutschland. Es war tragisch, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Theologen und Pfarrerschaft vom Hitlertum in einem Zustand der politischen Desinteressiertheit überfallen wurde. Wie sollten sie nun in der Lage sein, klar und entschiedene Stellung zu nehmen, wenn ihnen vorher die Relativität aller menschlichen Gestaltungen in dem Sinne eingetrichtert worden war, daß das alles nicht so wichtig sei. Ludendorff oder F. W. Förster, so hat Barth einmal geschrieben – vor Gott sind diese Unterschiede nicht von Belang. Es ist klar, daß man sie dann auch auf der Erde als nicht von Belang anschaute. Man übersah damals in der Barth'schen Richtung, daß auf dieser Erde auch zwischen relativen Dingen *absolute* Entscheidungen gefordert sein können. Man berauschte sich direkt an einer Art Anti-Pharisäismus, der alle, Hitler und Gandhi, die Militaristen und die Pazifisten, den heiligen Franz und den alten Karamasoff, unter dem Begriff Sünder zusammenscharte. Daß dann nur noch der Begriff Gnade aktuell war und die Unterschiede zwischen Recht und Unrecht relativiert werden mußten, das war wohl ein Denkfehler, aber er lag allzu nahe, und man verfiel ihm weitgehend.

Darum waren auch die ersten Äußerungen Barths zum Nationalsozialismus nichts weniger als eine klare und entschiedene Stellungnahme; es war kein eindeutiges Nein. Nun, es ist dann die Zeit gekommen, wo Barth dieses klare Nein weit vernehmbar gesprochen hat, wo er seinen politischen Relativismus aufgab und eine absolute Entscheidung der Christen zwischen dem Rechtsstaat und dem Gewaltstaat, zwischen Hitler und Roosevelt forderte. Es brach eine gute Zeit im Wirken Barths an. Er fand kraftvolle Worte und mühte sich mit der ihm eigenen Tiefe – wenn auch manchmal auf seltsamen theologischen Wegen – um eine Lehre vom «rechten Staat», oder sagen wir schlicht vom Rechtsstaat.

Wenn er nun doch dabei geblieben wäre! Dann würden wir gerne alles Frühere vergessen, und es wäre uns nicht eingefallen, es wieder aufzuwärmen. Aber nun läßt sich heute Barth in keiner Weise bei dem behaften, was er in der Zeit seines guten politischen Kampfes durchdacht und bekannt hatte. Nun ist die Idee vom rechten Staat, der dazu da ist, «die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen», wieder wie versunken, und es werden einem Staat, in dessen Kerkern und Sklavenlagern die Insassen zu neunundneunzig vom Hundert Unschuldige sind, die fragwürdigsten sozialen Veränderungen zugute gehalten. Der Theologe Barth, dessen Stimme weithin zu dringen vermöchte, hat kein Wort für die lebendig begrabenen Millionen in Sibirien und in den Kerkern Rußlands und seiner Satelliten. Ich kenne nicht alle Äußerungen, die Prof. Barth in dieser Sache getan hat; möglicherweise hat er doch einmal deutlich darüber geredet. Aber solange man nicht so geredet hat, daß den Anbetern Stalins jede Lust und Möglichkeit benommen ist, einen als verständnisvollen Freund der Sowjetdiktatur zu zitieren, hat man nicht deutlich genug geredet. Darum haben wir das Recht, den alten Vorwurf mit allem Nachdruck wieder zu erheben, daß diese Theologie einer elementaren Leidenschaft für das Recht nicht fähig sei. Wir meinen nicht die Menschen, die diese Theologie vertreten; sie sind nicht anders als alle andern, aber ihre theologischen Systeme deformieren ihr ursprüngliches Fühlen und Denken. Und darum ist nun auch wieder diese unsäglich Unzeitgemäßheit da in ihrem Reden. Es gibt heute nur eine Sache, die uns als Gebot der Stunde aufgetragen ist, das ist die Rettung des Menschen. Und die Bedrohung des Menschen kommt heute vom Totalstaat, und erst in dritter und vierter Linie von andern Dingen her, soweit es sich um die politischen Dinge handelt. Insofern ist allerdings das schlichteste demokratisches Gefühl irgendeines Staatsmannes christlicher als eine Theologie, die die Frage nach dem Recht theoretisch und praktisch relativiert.

PAUL TRAUTVETTER

DER AUFBAU

wird getragen vom Verein der «Freunde des Aufbaus». Wir würden uns freuen über Zuwachs. Anmeldungen und Anfragen bitten wir zu richten an die Administration, Postfach 130, Zürich 36.